



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 13. Oktober 2023 |
Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

bundespolitisch stand die Woche unter dem Eindruck der terroristischen Angriffe der Hamas in Israel am vergangenen Wochenende. Am Mittwoch äußerte sich die Bundestagspräsidentin und am Donnerstag die Vorsitzenden aller demokratischen Kräfte in großer Geschlossenheit und gemeinsamer, unmissverständlicher Verurteilung dieser Angriffe. Bei allen tagespolitischen Differenzen erfüllt es mich als Demokrat in Deutschland mit Stolz, dass wir, aus der Mitte des Parlaments heraus, eine parteiübergreifende Erklärung auf den Weg gebracht haben. Flankiert wurde diese gemeinsame politische Erklärung durch einen gemeinsamen Bundestagsantrag. Auf der nächsten Seite dieses Newsletters werde ich inhaltlich vertieft auf die Auswirkungen dieses abscheulichen Angriffs und die inakzeptablen Pro-Hamas-Unterstützungsbekundungen in einigen Milieus, die sich beispielsweise in Berlin-Neukölln gezeigt haben, eingehen.

Vergangenes Wochenende blickte das Land auch auf die wichtigen Landtagswahlen in Hessen und Bayern. Als christdemokratischer Bundestagsabgeordneter freue

ich mich, dass die Kolleginnen und Kollegen der CDU nun zahlreicher und schlagkräftiger im Hessischen Landtag vertreten sind und sich dieses Wahlergebnis auch in der Verteilung der Regierungsressorts bemerkbar machen wird. Der Idee des föderalen Bundesstaates fühle ich mich sehr verbunden und sie bildet ein Kernelement der staatspolitischen Identität der CDU. Angesichts der zahlreichen gesamtstaatlichen Herausforderungen, die nur im Zusammenwirken mit den Bundesländern lösbar sind, freue ich mich, dass der bayerische und hessische Landtag und damit ihre Landesregierungen durch kompetente politische Kräfte gestärkt werden. In meinem Wahlkreis freue ich mich über die Zusammenarbeit mit den drei Landtagsabgeordneten Holger Bellino, Andreas Hofmeister und Sebastian Sommer, denen ich zu ihrer Wahl herzlich gratuliere! Für die Ampel verhielt dieses Wochenende nichts Gutes; es wurde ein deutliches Signal an die Bundesregierung von Olaf Scholz ausgesandt. Die Botschaft ist unmissverständlich: Entweder erfolgen nun zahlreiche Kurskorrekturen oder die unvermeidliche Abwahl bei der nächsten Bundestagswahl.

Herzlichst, Ihr Markus Koob



Schwerpunkte dieser Ausgabe

- **Hamas-Terrorangriff auf Israel**
- **Die Pflege zukunftsfest machen!**
- **Austausch mit Politikern aus Australien und Norwegen**



Der Hamas-Terrorangriff auf Israel

Die Sitzungswoche des Deutschen Bundestags stand im Zeichen der Welle des Terrors, die Israel seit den frühen Morgenstunden des 7. Oktobers erschüttert. Mehr als 1.000 Israelis wurden durch die Terrororganisation Hamas ermordet, tausende Menschen sind verletzt und eine noch unbestimmte Anzahl an Geiseln (vermutlich auch Deutsche) wurde nach Gaza verschleppt. Gestern fand eine Regierungserklärung zur Lage in Israel statt. In einem gemeinsamen Entschließungsantrag der Ampel-Fraktionen und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben wir uns zu unserer Solidarität mit Israel bekannt. Am gestrigen Nachmittag haben wir im Haushaltsausschuss den vorläufigen Stopp aller direkten und indirekten Zahlungen an die palästinensischen Gebiete beantragt, denn die Geldflüsse aus Europa in diese Gebiete muss dringend auf den Prüfstand gestellt werden.

Standpunkt:

Die Sicherheit Israels ist für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion Staatsräson. Wir verurteilen den abscheulichen und

menschenverachtenden Terrorangriff der Hamas auf den Staat Israel und seine Bevölkerung. Wir trauern gemeinsam mit den Familien der Opfer. Die israelische Bevölkerung hat ein Recht darauf, frei von Terror, Angst und Gewalt zu leben. Wir stehen mit voller Solidarität an der Seite des Staates Israel und seiner Bürgerinnen und Bürger. Dazu zählt selbstverständlich, dass wir Israel bei der Ausübung seines völkerrechtlich verbrieften Rechts auf Selbstverteidigung zur Seite stehen. Deutschland hat aufgrund seiner Geschichte eine besondere Verantwortung gegenüber dem jüdischen Staat Israel. Dazu gehört auch unmissverständlich klarzumachen, dass denjenigen, die auf den Straßen Deutschlands Gewalt gegen Zivilisten und die Ermordung unschuldiger Kinder, Frauen sowie Männer zelebrieren, mit der vollen Härte des Rechtsstaats begegnet wird. Die Verherrlichung von Gewalt ist nicht durch die Meinungsfreiheit im Sinne des Grundgesetzes gedeckt. Die beschämenden Vorgänge auf den Straßen Berlin-Neuköllns und auch andernorts müssen unverzüglich aufgeklärt und strafrechtlich geahndet werden. Nicht-deutsche Staatsbürger, die rechtskräftig verurteilt werden, müssen des Landes verwiesen werden.

Wir fordern außerdem, dass alle direkten und indirekten Zahlungen Deutschlands und der Europäischen Union in die palästinensischen Gebiete sofort gestoppt und mit kritischem Maßstab einer Prüfung unterzogen werden. Geld kann zukünftig nur erhalten, wer sich zweifelsfrei vom Terror distanzieren und die Existenz Israels unmissverständlich anerkennt. •

Die Pflege zukunftsfest machen!

Die Situation in der Pflege ist angespannt. Dies betrifft alle Bereiche, die mit pflegerischer Versorgung in Verbindung stehen; so beispielsweise die Alten- und Krankenpflege, die pädiatrische Pflege, sowie auch die Pflege von behinderten Menschen. Aus vielen Bereichen der Pflegeberufe erleben wir eine Abwanderung – dies verschärft den Personalmangel bei einem gleichzeitigen demografiebedingten Mehrbedarf.

Standpunkt:

Meine Fraktion und ich stehen wir klar an der Seite aller Pflegebedürftiger und ihrer Angehörigen sowie der Pflegekräfte und -einrichtungen. Deshalb haben wir in dieser Woche ein Positionspapier dazu verabschiedet. Wir wollen die Finanzierungsgrundlage durch einen neuen Mix stärken, geeignete Maßnahmen zur Prävention der Pflegebedürftigkeit ergreifen und fördern und die Arbeitsbedingungen in der professionellen Pflege durch Entlastung verbessern.

Weitere Maßnahmen und vertiefende Informationen finden Sie unter <https://www.cducsu.de/sites/default/files/2023-10/PP%20Pflege.pdf> •

Austausch mit Politikern aus Australien

Zu meiner umfangreichen Berichterstattung im Auswärtigen Ausschuss gehören neben weiten Teilen Afrikas und Südostasiens auch Australien und Ozeanien. In dieser Woche konnte ich gemeinsam mit meinem Fraktionskollegen Jürgen Hardt aus der Arbeitsgruppe Auswärtiges eine hochrangige Delegation aus der Region begrüßen, die im Rahmen eines mehrtägigen Aufenthalts in Deutschland zu Gast war.

Im Gespräch mit dem Oppositionsführer im australischen Senat, Simon Birmingham, und der stellvertretenden Vorsitzenden der australisch-deutschen Parlamentariergruppe in Canberra sprachen wir über die derzeitige geopolitische Lage im indopazifischen Raum wie in Europa, aber auch über bilaterale Kooperationsmöglichkeiten.

Vielen Dank an die Adenauer-Stiftung für die Organisation des Austauschs! •





Im Gespräch mit norwegischen Jungpolitikern

In der vergangenen Sitzungswoche hatte ich die Freude und Gelegenheit, mit jungen norwegischen Politikerinnen und Politikern in einer lockeren Runde ins Gespräch zu kommen. Sie sind Mitglieder der beiden Schwesterorganisationen der Jungen Union und waren im Rahmen eines privaten Aufenthalts in Berlin.

Norwegen ist einer unserer wichtigsten Partner und Freunde außerhalb der Europäischen Union und ein klarer Verbündeter im Kampf gegen die russische Aggression in der Ukraine. Wir haben über die Perspektive insbesondere junger Menschen auf Europa gesprochen, ihre Sorgen und Hoffnungen, aber auch über geopolitische Fragestellungen und inwiefern die ansteigende Radikalisierung in unseren Gesellschaften vergleichbar ist.

In dieser nicht einfachen Zeit, die auch von einem stärker werdenden Extremismus geprägt ist, bin ich dankbar, dass es junge Menschen - auch außerhalb Deutschlands - gibt, die sich für eine wertebasierte Politik in der Zukunft einsetzen. Hier können wir viel voneinander lernen und uns auch gegenseitig inspirieren!

Vielen Dank an Jakob von der JU-Bundesgeschäftsstelle für die Ermöglichung des Gesprächs! •